Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 282. **Sonnabend** den 6. Juni 1903. **97. Jahrgang.**

Englische Phantasiestückchen.

△ Für das französische Volk und die französische Presse gehören die Tage, an denen König Eduard von England in Paris weilte, längst der Vergessenheit an. Anders die englische Presse, deren größtes Organ, die „Times", sich von ihrem Pariser Berichterstatter einen wunderbar phantastischen Artikel über die angebliche Stimmung in den leitenden französischen Kreisen senden läßt. Danach besteht bei den französischen hervorragenden Politikern ein starkes Verlangen nach einem „rapprochement" zwischen England und Frankreich. Der Korrespondent fordert die englischen Staatsmänner auf, auch ihrerseits etwas dazu zu tun; sie sollten öfters an die Ufer der Seine kommen und dort Fühlung mit den maßgebenden Kreisen nehmen, nicht sowohl mit der Aristokratie, die politisch abgewirtschaftet habe, als vielmehr mit den führenden Persönlichkeiten der herrschenden französischen Demokratie.

Die „Times" wünschen also die Tage der englisch-französischen politischen Intimität, wie sie vor gerade einem halben Jahrhundert bestand, wieder aufleben zu lassen. So paradox aber auch der Satz klingen mag: die Geschichte dieser Episode beweist nicht sowohl, daß die Erneuerung dieser Allianz möglich ist, als vielmehr, daß sie nicht möglich ist. Wenn England mit Frankreich im Krimkriege alliiert war, so geschah es nicht, weil Frankreich einen Vorteil davon haben sollte, sondern weil es Englands Vorteil war, seinen Rivalen im Orient zu demütigen. Und wenn die Engländer während des deutsch-französischen Krieges Frankreich durch Waffenlieferungen unterstützten, so geschah auch dies nicht aus Sympathie für Frankreich, als vielmehr aus Verdruß darüber, daß Deutschlands Stern auf einmal so strahlend aufging. Nach dem großen Kriege änderte sich alsbald das Verhältnis Englands zu Frankreich; denn Frankreich nahm, um sich für den Verlust seines Prestiges in Europa zu entschädigen, immer energischer eine ausgedehnte koloniale Politik in Angriff. Deshalb aber hätte England im Falle einer Allianz mit Frankreich in die Lage kommen können, zu geben oder im mindesten zu verzichten, und darauf ist die englische Alliancepolitik nicht eingerichtet. England hat Alliierte gern, so lange es von ihnen Nutzen ziehen kann; aber es läßt sie fallen, sobald die Alliierten ihrerseits Ansprüche stellen. Das hat Deutschland erfahren, das hat Italien erfahren und das würde auch Frankreich erfahren haben.

Frankreich aber würde Ansprüche stellen; denn seine koloniale Expansionspolitik ist noch nicht bis zu ihren letzten Zielen gelangt. Ob es sich den Zwischenfall von Figig zu nutze machen wird, um ein Stück wertvollen marokkanischen Besitzes an sich zu reißen, mag dahinstehen; jedenfalls aber wird es früher oder später erhebliche Ansprüche auf marokkanisches Gebiet stellen, und dann scheint es uns sehr zweifelhaft, ob der sprüchwörtliche englische Neid dazu still halten wird. Ebenso steht es mit Frankreichs Absichten auf wertvolle Provinzen des südlichen Chinas: die Erwerbung dieser Gebiete durch Frankreich wäre ein harter Schlag für das Prestige und den Handel Englands in Ostasien, und deshalb würde auch daran eine Allianz zwischen beiden Ländern scheitern.

Es mag wohl sein, daß auch manche Politiker in Frankreich mit dem Gedanken eines Bündnisses mit England kokettieren, schon weil ihnen die deutschfeindliche Tendenz, in der die öffentliche englische Meinung sich seit Jahren gefällt, sehr sympathisch ist. Die große Mehrheit der französischen Politiker aber wird sich zweierlei vorhalten: erstens, daß auch die schönsten und schmeichelhaftesten Artikel der „Times" nicht die kolonialen Gegensätze aus der Welt schaffen können, und zweitens, daß die Voraussetzung einer Alliance mit England der Bruch mit Rußland ist. Dazu aber dürften sich nur wenige französische Politiker verstehen, schon darum, weil der Franzose von Natur sparsam veranlagt ist und weil er deshalb die Milliarden, die er bis jetzt schon in das russische Geschäft hineingesteckt hat, nicht umsonst wird verausgabt haben wollen. Ein russisch-englisch-französisches Bündnis aber, wie es von den extremen Deutschenhassern der drei Länder ersehnt wird, wird gleichzeitig mit der Quadratur des Zirkels zu stande kommen.

Uebrigens lassen außer den „Times" sich noch andere englische Stimmen über den Gegenstand vernehmen, und zwar in weit weniger optimistischem Sinne. So enthält die jüngste Nummer der „Fortnightly Review" an leitender Stelle eine Auslassung, in der zwar die Besserung der Beziehungen zwischen Frankreich und England als der erfreulichste Ausblick auf dem Gebiete der auswärtigen englischen Politik bezeichnet wird, die aber nichtsdestoweniger vor einer Ueberschätzung der jüngsten Ereignisse, besonders mit Rücksicht auf das russisch-französische Bündnis, eindringlich warnt. „Frankreich sei bereit, mit England in Freundschaft zu leben; aber dieses Bedürfnis und Interesse komme erst in zweiter Linie, unter allen Umständen sei das Fortbestehen des Zweibundes gesichert. Man dürfe behaupten, daß Frankreich den Wunsch hege, die Interessen, die es mit dem russischen und dem britischen Reiche verbinden, dauernd vereint oder wenigstens nicht gegensätzlich zu sehen; werde es indessen vor die Wahl gestellt, zwischen der Freundschaft Rußlands und Englands zu entscheiden, so werde es ohne Zögern die letztere der ersteren opfern." Diese Auffassung des Wertes der englisch-französischen Annäherung gibt augenscheinlich den Charakter der gegenwärtigen Situation treffender wieder, als die phantastischen Wünsche und Hoffnungen einer offenen oder stillen Beteiligung Großbritanniens am Zweibunde, die noch jüngst Charles Dilke in der „Empire Review" als erreichbar hinstellte und aus der er — ein Beweis, wie sehr die Aufrechterhaltung des maritimen two power standard die Finanzen Englands in Anspruch nimmt — die Möglichkeit einer Beschränkung der maritimen Rüstungen folgerte, die von Großbritannien, Frankreich und Rußland gemeinschaftlich und zu gleicher Zeit vorzunehmen wäre. Während diese Annahme nicht diskutierbar erscheint, dürfte anderseits damit zu rechnen sein, daß das Ergebnis der englisch-französischen Annäherung in Abmachungen zu tage treten wird, die sich auf die wirtschaftliche Stellung beider Staaten in kolonialen Territorien, besonders in Marokko, Neufoundland, Siam und in den Interessensphären des Stillen Ozeans beziehen.

Deutsches Reich.

+ **Berlin**, 5. Juni. (Zentrum, Bündler und Welfen in Hannover.) Das hannoversche Zentrum macht sich einer eigenartigen Inkonsequenz schuldig, auf die das welfische Hauptorgan der Provinz Hannover mit Recht hinweist. In einer Zentrumsversammlung im 9. hannoverschen Wahlkreise (Stadt Hannover) erklärte der Kaplan Körthemann: „Zwei Parteien muß das Zentrum am meisten bekämpfen, den Bund der Landwirte und die Sozialdemokratie. Der Bund der Landwirte treibt eine gefährliche Interessenpolitik. Er predigt den Krieg aller gegen alle, der eine will gegen den anderen vorgehen, und diese Interessenpolitik verträgt sich nicht mit den Grundsätzen des christlichen Zentrums". Wenige Meilen von Hannover aber, in Hildesheim, verträgt es sich mit den Grundsätzen des christlichen Zentrums, mit dem eine „gefährliche Interessenpolitik" treibenden Bunde der Landwirte bei den Wahlen zusammenzugehen; denn der dort aufgestellte Herr Bauermeister ist zwar Katholik und will auch im Falle seiner Wahl dem Zentrum beitreten, ist aber trotzdem viel mehr noch Kandidat des Bundes der Landwirte und hat sich auch auf das Programm des Bundes verpflichtet. Das Zentrum singt also in Hildesheim Hosanna, während es in Hannover ruft „Steiniget ihn." Dieselbe Inkonsequenz wie gegenüber dem Bunde der Landwirte beweist das hannoversche Zentrum gegenüber den Welfen. In den meisten Wahlkreisen, wo die Welfen in Frage kommen, unterstützen die Zentrumsmänner nach Windthorstscher Tradition von vornherein den welfischen Kandidaten, in Hildesheim aber bekämpft es direkt den bisherigen welfischen Abgeordneten und in der Stadt Hannover stellt es einen eigenen Zählkandidaten auf. Die hannoversche Kandidatur des Zentrums ist den Welfen beinahe noch fataler, als die Hildesheimer, obwohl es in Hildesheim auf die Behauptung der welfischen Mandate ankommt, während der Sieg eines Welfen in der Stadt Hannover völlig ausgeschlossen ist. Die Welfen empfinden es aber als Ehrensache, in der Hauptstadt des ehemaligen Königreichs Hannover wenigstens so viel Stimmen wie nur möglich zu erhalten und, wenn irgend denkbar, an der Spitze der bürgerlichen Parteien zu stehen. Bei den letzten allgemeinen Wahlen wäre ihnen dies nahezu gelungen; ihr Kandidat erhielt 9957 Stimmen gegen 10 290, die dem nationalliberalen Bewerber zufielen; die Welfen standen also nur um 300 Stimmen hinter den Nationalliberalen zurück, und es erschien um so eher möglich, dieses Minus bei den nächsten Wahlen auszugleichen, als die welfischen Stimmenziffern in Hannover bei den letzten Wahlen fortgesetzt gestiegen waren, bei den Wahlen von 1893 um 500 und bei den Wahlen von 1898 um 800 Stimmen. Wenn aber das Zentrum — was es seit dem Bestehen des Reichstags bisher in der Stadt Hannover noch nie getan hatte — einen eigenen Kandidaten aufstellt, so muß die welfische Stimmenziffer nicht unerheblich zurückgehen. Die Katholiken stellen im 8. hannoverschen Wahlkreise mit 8 Proz. der Bevölkerung ungefähr 7000 Wahlberechtigte, von denen bei der Wahlbeteiligung nur 76 Proc. (1898), also etwa 5300 Wähler gestimmt haben. Nimmt man an, daß die eine Hälfte dieser Stimmen den Sozialdemokraten, die anderen den Welfen zu gute gekommen ist, so stecken in den ca. 10 000 welfischen Stimmen ungefähr 2600 Zentrumsstimmen. Wenn diese diesmal den Welfen verloren gingen, so würden sie in der Hauptstadt Hannover diesmal weniger Stimmen erhalten, als je zuvor bei einer Reichstagswahl, und sie würden das dem Zentrum nicht so leicht verzeihen. Jedenfalls schaffen Hannover und Hildesheim ganz neue Nuancen in dem ohnehin schon sehr bunten Bilde hannöverscher Parteikämpfe.

g. **Berlin**, 5. Juni. (Die Belastung des Arbeiterbudgets durch den Alkoholgenuß.) Die „Soziale Praxis" lenkt die Aufmerksamkeit auf eine unter dem vorstehenden Titel erschienene vergleichende statistische Untersuchung der Herren Dr. Blocher und Dr. Landmann, die nach E. Engels Methode rund 8700 Arbeiterbudgets untersucht haben, um festzustellen, welche Belastung für den Haushalt der arbeitenden Klassen durch den Alkoholgenuß eintritt. Engel hatte aus den Budgets belgischer Arbeiterfamilien von 1853 bis 1891 ermittelt, daß der relative Anteil der Ausgaben für Alkohol an den Gesamtausgaben mit steigendem Einkommen beträchtlich steigt (1853 von 1,03 bis 6,44 Prozent; 1891 von 4,17 bis 8,28 Prozent). Die oben genannten beiden Verfasser wiederholen diese Untersuchung auf breiterer Grundlage. Sie haben 3800 nordamerikanische und 1735 europäische Arbeiterbudgets geprüft und gelangen zu einer Bestätigung des Satzes, „daß mit steigendem Einkommen die Ausgaben für Alkohol nicht bloß absolut, sondern auch relativ wachsen". — Im Anschluß hieran seien aus der jüngst erschienenen 3. Auflage von J. Conrads „Grundriß zum Studium der politischen Oekonomie" (Jena, Gustav Fischer) einige Zahlen über die Belastung des Arbeiterbudgets durch den Alkoholgenuß angeführt. Apelt nimmt 7—8 Proz. des Einkommens verheirateter, 14—22 Prozent desjenigen unverheirateter Arbeiter als Ausgabe für alkoholische Getränke an. Strümpell sagt, daß nach seinen Erkundigungen in Bayern „solide" Arbeiter ¼ ihres Verdienstes für Bier ausgeben. Delbrück berichtet, daß in Bremen Arbeiter noch nicht als unmäßig gelten, deren Ausgaben für Branntwein ⅕ der Einnahmen ausmachen. Conrad selbst stellte bei einem sehr soliden Handwerker 6 Prozent, bei einem Subalternbeamten 3½ Prozent, bei einem nüchternen Lohndiener 2 Prozent, bei einem höheren Beamten gleichfalls 2 Prozent, bei einem anderen noch nicht ganz 1 Prozent vom Einkommen als Ausgabe für alkoholische Getränke fest. Hieraus ergibt sich, daß, je höher die Lebensstellung, um so niedriger der Prozentsatz ist, den die Ausgaben für alkoholische Getränke vom Einkommen gewöhnlich ausmachen. Eine Aenderung dieses Verhältnisses wäre gleichbedeutend mit der sittlichen Hebung der Arbeiterklasse.

* **Berlin**, 5. Juni. (Kaviar- und Austernzölle.) Der „Vorwärts" veröffentlicht einen mehr als zwei Druckspalten langen Artikel unter der Ueberschrift „Zollfreie Leckerbissen", um das Verhalten der Sozialdemokraten gegenüber Zöllen für Sekt, Champignons, Hirsche, Rehe, Fasanen, Hummer, Kaviar und Austern zu rechtfertigen. Die „Freisinnige Zeitung" bemerkt dazu: Wiederholt ist von Angehörigen bürgerlicher Parteien darauf hingewiesen worden, daß in der Zolltarifkommission gerade die Sozialdemokraten sich gegen die Erhöhung von Kaviar- und Austernzöllen ausgesprochen haben. Obwohl der „Vorw." dies entschieden bestreitet, geht es doch indirekt auch aus der gewundenen Fassung seines Artikels hervor, in welchem in der bekannten rabulistischen Manier Wahrheit und Dichtung miteinander vermischt werden. Der „Vorw." erklärt, daß Abgeordneter Stadthagen in der Debatte über die Erhöhung des Kaviarzolles ausgeführt habe: Solle der Zoll die Reichen treffen, so träfe man diese viel besser durch eine progressive Einkommensteuer. Bei einer Ware mit einem Liebhaberpreis, wie es der russische Kaviar sei, sei eine Zollerhöhung von 150 auf 300 Mark nicht fühlbar. Der „Vorwärts" behauptet, daß die Sozialdemokraten in der Zolltarif-Kommission für die Erhöhung des Kaviarzolles gestimmt haben. Das ist nicht bestritten worden. Aber vorher waren die Sozialdemokraten von der Mehrheit höhnisch gefragt worden, ob denn Kaviar ein notwendiges Lebensmittel sei. Im übrigen bemüht sich der „Vorwärts" vergebens, Kapital zu schlagen aus dem Umstande, daß in der zweiten Auflage des „Sozialistenspiegels" ein Artikel über das Verhalten der Sozialdemokraten gegenüber den Kaviar- und Austernzöllen nicht wie in der ersten Auflage enthalten ist. In die zweite Auflage des „Sozialistenspiegels" ist nicht bloß dieser Artikel, sondern sind eine ganze Reihe von Artikeln nicht aufgenommen worden, um den Umfang des Büchleins einzuschränken und zum Zwecke der größeren Verbreitung des „Sozialistenspiegels" eine Preisherabsetzung zu ermöglichen.

⊙ **Berlin**, 5. Juni. (Telegramm.) Die „Nordd. Allgem. Zeitung" schreibt: Vor einigen Monaten wurde in Berliner Blättern berichtet, daß in dem spanischen Orte Bata an der Westküste von Afrika ein gewisser **P. Ch. Schmidt**, Leiter einer deutschen Faktorei, wegen angeblicher Teilnahme an einer schweren Mißhandlung eines eingeborenen Arbeiters von den spanischen Behörden verhaftet und nach Fernando Po gebracht, sowie das baare Geld in der Faktorei beschlagnahmt worden sei. Der Gouverneur von Kamerun, **von Puttkamer**, der die Befugnisse eines Generalkonsuls für die fremder Hoheit unterstehenden Küstengebiete des Golfs von Guinea besitzt, wandte der Angelegenheit alsbald seine Aufmerksamkeit zu. Wie aus seinen Berichten hervorgeht, ist Schmidt angeklagt, einen spanischen Eingeborenen erschlagen zu haben; er selbst behauptet, die Tat sei durch einen farbigen Angestellten begangen worden, während er, Schmidt, schlief. Puttkamer erhielt persönlich in Fernando Po von dem spanischen Generalgouverneur die Auskunft, Schmidt sei sofort nach seinem Eintreffen dort auf freien Fuß gesetzt worden; die Angelegenheit befinde sich in den Händen des ordentlichen Richters. Schmidt wohnte unbehelligt im Hause zweier Deutschen. Es war ihm gestattet, die Insel zu verlassen und zu reisen, wohin er wollte, ausgenommen nach Bata; nur sollte er sich zum Gerichtstermine stellen. Puttkamer begab sich am 28. März wieder nach Fernando Po und erhielt von Schmidt, der auf völlig freiem Fuße war, die Erklärung, daß er auf der Insel die Gerichtsverhandlung abwarten wolle. Auf Ansuchen Puttkamers wurde Schmidt ein konfiszierter Ring zurückgegeben und die in der Faktorei beschlagnahmte Summe an die Firma Küderling, Eigentümerin der Faktorei, abgeliefert. Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit ist hier noch nichts bekannt.

B. **Berlin**, 5. Juni. (Privattelegramm.) Aus klerikalen Kreisen in Rom hat sich die „Tägliche Rundschau" melden lassen, der „wahre Grund" für den Besuch des Grafen Walderser im Jesuitenkollegium sei gewesen, daß er dem Kardinal Steinhuber den Dank der Regierung für dessen Bemühungen um die Straßburger Fakultät abzustatten hatte; angeblich habe er dem Kardinal bei dieser Gelegenheit sogar ein Andenken überreicht. Darauf sei dann die Aufmerksamkeit beim Jesuitengeneral, der im gleichen Stockwerk wohne, erfolgt. Hierzu bemerkt heute die „Nat.-Ztg.": „Wir sind nicht genau darüber unterrichtet, ob Graf Waldersee den Kardinal Steinhuber besucht hat und ob die Angabe über den Anlaß zu dem Besuche bei dem Jesuitengeneral zutrifft. Sicher ist aber, daß der eine wie der andere Besuch aus der eigenen Initiative des Grafen Waldersee hervorgegangen ist und daß für keinen von beiden irgendwelcher amtliche Auftrag vorlag."

⊙ **Pleß**, 5. Juni. (Telegramm.) Die Prinzen August Wilhelm und Oskar besuchten den Reichskanzler Grafen v. Bülow in Lehmkuhlen.

+ **Altenburg**, 5. Juni. Prinz Albrecht von Preußen, Regent von Braunschweig, weilte während des gestrigen Tages als Gast seines Schwiegervaters auf dem hiesigen Residenzschlosse und reiste in der Nacht nach seinem Sommersitze Kamenz in Schlesien ab.

⊙ **Orb**, 5. Juni. (Telegramm.) Fürst Ferdinand Maximilian von Ysenburg-Büdingen ist infolge eines Unfalls, den er sich bei einem Zimmerbrande zugezogen hat, in Wächtersbach gestorben.

⊙ **Wiesbaden**, 5. Juni. (Telegramm.) Der Kaiser hörte gestern nach dem Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts v. Lucanus. Der Großherzog von Hessen ist gestern abend, vom Prinzen Eitel Friedrich zum Bahnhof begleitet, von hier wieder abgereist. — Heute morgen unternahm der Kaiser mit dem Prinzen Eitel Friedrich einen Ausritt und begab sich sodann kurz vor 9 Uhr mit der Kaiserin, den Prinzen Eitel Friedrich und Adalbert, sowie dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe und dessen Gemahlin nach Frankfurt, um dem Wettfingen der dritten Gruppe der Gesangvereine beizuwohnen. Das Frühstück gedenken die Majestäten heute mittag um 1 Uhr bei dem Kommandierenden General v. Lindequist einzunehmen; nach demselben wird die Kaiserin hierher zurückkehren.

⊙ **Karlsruhe**, 5. Juni. (Telegramm.) Der heutigen Versammlung der Deutschen Kolonial-Gesellschaft wohnten der Großherzog und der Erbgroßherzog bei. Auf die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg, erwiderte der Großherzog mit einer längeren Rede, in welcher er die nationale Bedeutung des Wirkens der Gesellschaft hervorhob. Schließlich brachte der Großherzog ein Hoch auf den Kaiser aus. Es folgten weitere Begrüßungsansprachen. Dann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Nach längerer Erörterung wurde ein Antrag des Ausschusses angenommen, der Reichstag wolle den Gesetzentwurf, betr. den Eisenbahnbau von Dar-es-Salaam nach Mrogoro, möglichst bald annehmen. Der Antrag der Abteilung Hannover, betr. Besiedelung von Ubehe durch Europäer, wurde mit einigen Abänderungen einstimmig angenommen.

Oesterreich-Ungarn.

Erzbischof Dr. Kohn.

* **Wien**, 5. Juni. (Telegramm.) Fürsterzbischof Dr. Kohn von Olmütz tritt heute in Befolgung der an ihn ergangenen Aufforderung, vor den Stufen des päpstlichen Thrones zu erscheinen, die Reise nach Rom an. (Voss. Ztg.)

Die Kroatischen Unruhen.

* **Wien**, 5. Juni. (Abgeordnetenhaus.) In Beantwortung einer Interpellation über die Ausschreitungen in Laibach am 24. Mai bemerkt der Ministerpräsident v. Körber, die Meldung von der Abgabe eines Schusses gegen das deutsche Kasino bestätige sich, dagegen werde die Meldung von der Abgabe dreier Schüsse nicht bestätigt. Wegen Teilnahme an den Ausschreitungen seien mehrere Personen verhaftet worden; gegen sieben Personen sei die gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Der Ministerpräsident spricht sein tiefstes Bedauern über die von allen Kreisen ohne Unterschied der Partei rückhaltlos verurteilten Ausschreitungen aus und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das ernste Bestreben der Behörden, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, die Unterstützung aller Besonnenen finden werde. Im weiteren Verlaufe verhandelt das Haus über einen kroatischen Dringlichkeitsantrag, der die Regierung auffordert, die wahren Gründe der vom Ministerpräsidenten bewirkten Abweisung des Audienzgesuches der kroatischen und slowenischen Abgeordneten beim Kaiser darzulegen und das Resultat einer schleunigst durchzuführenden Untersuchung über die Ausschreitungen in Laibach vom 24. Mai bekannt zu geben, sowie bei der ungarischen Regierung wegen Verletzung des Briefgeheimnisses in Kroatien vorstellig zu werden. Abgeordneter Borsic greift bei Begründung der Dringlichkeit den Ministerpräsidenten sehr heftig an wegen seiner jüngsten Erklärungen in dieser Angelegenheit und seiner Vermittelung zwischen den kroatischen Abgeordneten und der Krone, die die Kroaten zu einem gerechtfertigten Widerstande zwinge.

Frankreich.

Kulturkampf; Todesfall; Kammer.

* **Chambery**, 5. Juni. (Telegramm.) Oberst Coubertin, der, nachdem er seinerzeit den Befehl erhalten, mit zwei Schwadronen seines Regiments nach dem Kloster Grande Chartreuse zu gehen, sein Entlassungsgesuch einreichte, ist in die Nichtaktivität versetzt worden.

* **Paris**, 5. Juni. (Telegramm.) Im heutigen Ministerrat unterbreitete der Ministerpräsident Combes dem Präsidenten Loubet 81 Gesetzentwürfe über Genehmigungsgesuche der weiblichen Unterrichts-Orden zur Unterzeichnung. Die Entwürfe lehnen sämtlich eine Abweisung der Gesuche vor.

* **Brest**, 5. Juni. (Telegramm.) Admiral Courtville, Kommandant des Nordgeschwaders, ist in der Nacht an Bord der „Massena" plötzlich gestorben.

* **Paris**, 5. Juni. (Kammer.) Gaillard (Republikaner) interpelliert darüber, daß entgegen einem Kammerbeschlusse Mannschaften